

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/170

5. September 1973

Die Spielregeln in einer Demokratie

Anmerkungen zu einem wichtigen und aktuellen
Thema

Seite 1 / 42 Zeilen

Eine Europäerin der ersten Stunde

Zum 25. Jahrestag der Vereidigung von Königin
Juliana

Seite 2 und 3 / 67 Zeilen

Politische Beckmesserei

CDU-MdB Mertes und die "querelles allemandes"

Seite 4 / 39 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Pressefreiheit, wie sie die CSU versteht

Zitate aus dem "Bayernkurier" des Franz
Josef Strauß

Seite 5 und 6 / 57 Zeilen

Die Spielregeln in einer Demokratie

Anmerkungen zu einem wichtigen und aktuellen Thema

Ein demokratischer Staat ist, auch wenn er erst ein knappes Vierteljahrhundert alt ist wie die Bundesrepublik Deutschland, keine barocke Glasvitrine; sie muß also schon einige innere Unruhe vertragen können, ohne daß man sofort um den Bestand des Ganzen bangen müßte. Auch eine demokratische Partei, noch dazu die über hundert Jahre alte SPD, ist nicht gleich in ihrem Bestand und in ihren Grundfesten gefährdet, wenn in ihr verschiedene Meinungen aufeinanderprallen. Eine demokratische Partei ist immer ein lebendes Wesen, weil sie das wechselnde und sich immer erneuernde Leben widerspiegelt und vertritt: bei Beachtung der selbst gesetzten Prinzipien, hier also des nach wie vor gültigen und für alle Mitglieder verbindlichen und verpflichtenden Godesberger Programms, das nach den Beschlüssen zuletzt noch des Hannover-Parteitages weiterentwickelt wird.

Für das Verhalten der Glieder eines demokratischen Staates und einer demokratischen Partei untereinander haben demokratische Spielregeln zu gelten. Trotz der von der CDU und vor allem von der CSU provozierten Verschlechterung der Beziehungen zwischen Koalition und Opposition bleibt die Erwartung, daß das übergeordnete gemeinsame Interesse an der Erhaltung des Bestandes der Bundesrepublik und an ihrer progressiven Weiterentwicklung selbstgewollte Barrieren errichtet, die ein Freund-Feind-Verhältnis verhindert.

Das feste Zusammengehörigkeitsgefühl, das stützende Bewußtsein des Miteinanders hat die SPD der Bundesrepublik an die Regierungsmacht getragen. Die Spielregel der SPD heißt Solidarität, die auch dann zu gelten hat, wenn sich die Meinungsunterschiede verschärfen und wenn die Temperamentsausbrüche überbrochen. Der Zusammenprall von mehr pragmatischen und von mehr zukunftsbestimmten Denken kann nur von Vorteil sein, wenn beide Meinungsgruppen das gemeinsame Ziel nicht aus dem Auge verlieren: die Verwirklichung des vom Grundgesetz geforderten sozialen Rechtsstaates. Eines Staates und in ihm einer Gesellschaft also, für dessen Wohl und für deren reformerische Veränderung man unverdrossen und drängend eintritt, seit man Sozialdemokrat geworden ist.

Der Kampf für einen besseren demokratischen Staat, für eine bessere demokratische Gesellschaft, für eine bessere Lebensqualität und für Gerechtigkeit, Frieden und Verständigung verlangt den Zusammenhalt aller Sozialdemokraten, die, jeder für sich, wissen müssen, daß es auf sie und ihre Solidarität ankommt, wenn die Aufgabe erfüllt werden soll, zu der sie sich mit dem Eintritt in die SPD selbst freiwillig verpflichtet haben.

(ee/5.9.1973/bgy/ee)

+ + +

Eine Europäerin der ersten Stunde

Zum 25. Jahrestag der Vereidigung von Königin Juliana

Es mag ein wenig eigenartig klingen, aber es trifft zu: Juliana, Königin der Niederlande, säßt an dem Ast, auf dem sie selbst sitzt. Nicht im negativen Sinn ist dieses Sprichwort in ihrem Falle auszulegen, sondern durchaus positiv, denn die Königin aus dem Hause Oranien-Nassau gehört mit zu den Europäern der ersten Stunde. Es vergeht keine Thronrede am dritten Dienstag im September, dem Tag der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des niederländischen Parlaments, in der die Monarchin nicht auf die Wichtigkeit einer europäischen Einigung hinweist. Sie befürwortet die politische Union unseres Kontinents seit vielen Jahren und hält auch mit kritischen Worten nicht hinter dem Berg, wenn die Integration nicht zügig genug voranschreitet.

Noch während der Gipfelkonferenz in Den Haag, im Dezember 1969, ließ sie beim glanzvollen Empfang in der Tuchhalle zu Leiden keinen Zweifel daran, daß die versammelten Regierungschefs der alten Sechsz die Tore Europas für alle demokratischen Interessenten weit zu öffnen hätten. Ihr Mann, Prinz Bernhard, hat mit der "Bilderbergkonferenz" bereits 1948, also zu einem sehr frühen Zeitpunkt, schon führende Politiker und prominente Wirtschaftler um sich versammelt, um den europäischen Gedanken, der gerade in jenen Jahren als zartes Pflänzchen sehr viel Pflege notwendig hatte, zu verbreiten. Julianas älteste Tochter, Kronprinzessin Beatrix, hat in den vergangenen Jahren als Schirmherrin europäischer Jugendveranstaltungen gewirkt.

Nun, Skeptiker könnten meinen, daß alle diese Pflichten zum königlichen Protokoll gehörten und ihre Erfüllung eine Routine-sache sei. Weit gefehlt! Es sei daran erinnert, daß besonders zwei niederländische Politiker mit starker Unterstützung der Oranier schon sehr früh europäisches Ansehen erwerben konnten. Sicco Mansholt, langjähriger Agrarkommissar der Europäischen Kommission und bis zum 31. Dezember 1972 deren geachteter Präsident, und Alfred Mozer, sein langjähriger Kabinettschef, auch ein Europäer der ersten Stunde, der sich als einer der Sekretäre der

Sozialistischen Internationale große Verdienste um die Europäisierung der demokratischen Linken erworben hat. Alfred Mozer blieb einer der engsten Berater der niederländischen Königin in europäischen Fragen. Daß er - und das sei am Rande vermerkt - in den schwierigen Monaten vor der Hochzeit der niederländischen Kronprinzessin mit dem deutschen Diplomaten Claus von Amsberg manche Mißverständnisse und politische Hindernisse ausräumen konnte, bleibt sein Verdienst.

Wenn am 5. September Königin Juliana der Niederlande den 25. Jahrestag ihrer Vereidigung feiert, dann haben besonders die deutschen Europäer allen Grund, sich des politischen Mutes zu erinnern, den Königin Juliana bei ihrem Eintreten für die Einigung Europas zeigte. Im Gegensatz zu einem großen Teil ihrer Landsleute erkannte sie frühzeitig, daß das demokratische Deutschland einen Platz in der europäischen Völkerfamilie finden mußte. Trotz der zum Teil fürchterlichen Erinnerungen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges haben sie und ihr Mann, Prinz Bernhard, stets für eine Integrierung der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft plädiert.

Unter diesem Aspekt haben dann auch die Bundesregierung und das niederländische Kabinett den deutsch-niederländischen Ausgleichsvertrag im Jahre 1960 unterschrieben, der nicht nur die Regelung der Ansprüche Den Haags aus dem Zweiten Weltkrieg brachte, sondern auch die Rückgabe einiger von den Niederländern besetzten Grenzstreifen in Westfalen und im Rheinland. Als sich im Jahre 1963 die niederländischen Landdroste von ihren zurückgekehrten deutschen Bürgermeisterkollegen verabschiedeten, geschah das nicht unter den Nationalfarben beider Länder, sondern unter der grünen Europaflagge.

Insofern hat der nationale Festtag am 5. September in den Niederlanden auch einen europäischen Sinn, weil das Staatsoberhaupt unseres Nachbarlandes stets in der vordersten Reihe zu finden war, wenn es galt, überholte nationale Vorstellungen in unserer alten Welt zu überwinden.

(st/5.9.1973/ks/ee)

Politische Beckmesserei

CDU-MdB Mertes und die "querelles allemandes"

Bei ihren Anstrengungen, den von dem CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl angekündigten "heißen Herbst" anzufachen, führt die Bonner Opposition neuerdings schweres Geschütz auf: das Wörterbuch. Der CDU-Abg. Dr. Alois Mertes aus Gerolstein, gelernter Romanist, will von der Bundesregierung wissen, ob "ihr Bedeutung und Herkunft des abschätzigen französischen Ausdrucks 'querelles allemandes' bekannt" seien. Er hat nämlich im Wörterbuch "Grand Robert" nachgeschlagen und festgestellt, daß der Ausdruck, auch als "querelle d'Allemands" oder "querelle d'Allemagne" vorkommend, so viel besagt wie: "Deutschenzänkerei, üble Streiterei um nichts oder um einen unbedeutenden Gegenstand. Herkunft: Der Ruf der Deutschen; nach dem Trunk zänkisch zu werden. Die ständigen Streitigkeiten unter den kleinen deutschen Fürsten."

So weit die philologischen Ermittlungen des Dr. Alois Mertes. Und nun fragt er, ob die Bundesregierung nicht die Auffassung teile, daß sie den Ausdruck "querelles allemandes" für die Deutschland-Frage "aus Gründen unserer freiheitlich-rechtsstaatlichen und nationalen Selbstachtung" nicht mehr benutzen dürfe, weil sie sich dadurch der "Abwertung des menschlich und politisch so tragischen Problems der gewaltsamen Spaltung unseres Volkes" schuldig mache.

Der Bundeskanzler und andere Mitglieder der Bundesregierung werden kaum jemals den "Grand Robert" so gewälzt haben, wie das der CDU-Politiker sicher beruflich tun muß, und bei ihrem Bemühen, die schlimmen Folgen der deutschen Teilung zu überwinden, werden sie auf den Ausdruck "querelles allemandes" ohne Not verzichten können. Worauf es in diesem Zusammenhang ankommt, hat der SPD-Abg. Hans-Jürgen Wischnewski soeben in der "Neuen Gesellschaft" verdeutlicht. Wischnewski warnt davor, einem Vorschlag der Opposition folgend die deutsche Problematik nach Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen alsbald auf deren Tagesordnung zu setzen. Fragen, die nur zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gelöst werden könnten, sollten nicht auf die internationale Ebene gehoben werden.

Wie wäre es, wenn die Redaktion des Wörterbuchs "Grand Robert" die Definition der "querelles allemandes" nach der Intervention des Dr. Alois Mertes erweiterte, etwa: "Politische Wortklauberei. Herkunft: Die Neigung der CDU/CSU, auf verbale Nebenkriegsschauplätze auszuweichen."

Anton Burghoff
(-/5.9.1973/bgv/ee)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Pressefreiheit, wie sie die CSU versteht

Zitate aus dem "Bayernkurier" des Franz Josef Strauß

"...Zustand einer Regierung..., die kein Konzept mehr hat - und keine Würde."/Wolfgang Horlacher/16. September 1972

"Walter Scheel... leidet an Größenwahn."/Wolfgang Horlacher/23. September 1972

"Geht es nach Willy Brandt, so ist die Bundesrepublik Deutschland dabei, von einer parlamentarischen zu einer Volksdemokratie zu werden."/Wilfried Scharnagl/23. September 1972

"Die SPD hat offensichtlich das Führungsprinzip des Dritten Reiches geistig noch nicht überwunden."/Dr. Günther Müller MdB/23. September 1972

"Nun, da Brandt als Bundeskanzler gescheitert ist, enthüllt sich der Januskopf seiner Erscheinung ... einem roten Wallenstein gleich, dem allenfalls noch Ehmke als Seni, sterndeutend, zur Seite steht. Das ist das eine Gesicht des Willy Brandt. Es ist die angemessene Rolle des Staatsmannes, der von seinem Volk nicht verstanden wird. Es ist die Rolle, die in der unseligsten Periode deutscher Geschichte ihren Ausdruck darin fand, daß das Volk deshalb zu gehen habe, weil es seinem bedeutendsten Führer nicht würdig sei...Aber dem beleidigten Brandt ... entspricht ein anderer Brandt. Der alte Berufsrevolutionär, der die Betriebe mobilisieren und die Volksfront wiedererwecken will ... einer, der sich nicht scheut, die Straße zu mobilisieren, um auf dem Altar seiner eigenen Karriere die deutsche Demokratie notfalls zu opfern."/Wolfgang Horlacher/30. September 1972

"Nur die Lust am Untergang kann zu einem Votum für die Be-

stätigung der derzeitigen Bonner Regierungsverhältnisse führen."/
Wilfried Scharnagl/18. November 1972

"Der Willy, der den Frieden gesichert hat, wofür er auch
prämiert wurde, wird's schon richten, nicht nur dieses, sondern
auch das mit der 'DDR' und den Sowjets überhaupt, die ... mehr
als umgängliche und zuvorkommende Zeitgenossen sind, wenn die
Deutschen nur den richtigen Kanzler wählen. Da diese Zeitgenossen
nichts von jener alten Weisheit im Kopfe haben, daß nur die aller-
dümmsten Kälber ihre Metzger selber wählen, gilt für sie: Armer
Mann, das wird ein böses Erwachen geben!"/Wolfgang Horlacher/
2. Dezember 1972

"Freudentränen und Posten und Blumen; Parvenues und Spruch-
beutel, Straßenrevoluzzer und ungewaschene Kulturhygieniker; hoch-
gestochene Literaten und gigantomaniische Gewerkschaftsfunktionäre;
wildgewordene Erzieher der Nation, im Eifer des Gefechts vollends
in Hysterie umgeschlagene Polit-Frauen und Universitätsschläger;
Gegröhle, in das sich die Internationale mischt - so sieht das
geistig-politische Szenenbild dieser 'neuen Republik' in ihrer Ge-
burtsstunde aus."/Wolfgang Horlacher/2. Dezember 1972

"Die Mentalität, die aus dem Bonner Verhalten gegenüber dem
Verfassungsgericht spricht, macht frösteln: Sie erinnert an Staats-
streich."/Wilfried Scharnagl/16. Juni 1973

"Es war kein normaler demokratischer Regierungs- sondern ein
Machtwechsel, der mit allen Mitteln zum System verfestigt werden
soll."/Christoph Wiedmann/30. Juni 1973

"Den Sowjets zuliebe hat Bonn Verträge geschlossen, für die
es alles gab, aber nichts bekam."/Wolfgang Horlacher/7. Juli 1973

"Deutsche Politik unter Brandt: Der Staat wird vergiftet."/
Wilfried Scharnagl/14. Juli 1973

"...dieser Mann, dessen Wort von 'mehr Demokratie', die er
'wagen' wolle, längst zu den trivialsten Treppenwitzen jüngster
deutscher Geschichte gehört."/Wolfgang Horlacher/ 21. Juli 1973